

Ein Jahr nach der Flutkatastrophe – Ausblick auf die Zukunft des Bevölkerungsschutzes

Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 4. Juli 2022

Albrecht Broemme, Vorstandsvorsitzender des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit e.V. (ZOES)

Das „Unwetter an der Ahr“ im Juli 2021 und der Angriffskrieg auf die Ukraine im März 2022 haben die „Hebung“ des Bevölkerungsschutzes „vom Keller in die Belle Etage“ bewirkt. Diverse Konzepte wurden erarbeitet, wie der „Abschlussbericht des vom Minister des Innern berufenen Kompetenzteams Katastrophenschutz“ in NRW, der Impuls von acatech zur „Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit“ sowie die „Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen“ der Bundesregierung. Es muss gelingen, diese Konzepte zu bewerten, zu bündeln und nach und nach umzusetzen. Dies erfordert organisatorische, rechtliche, monetäre und vor allem mentale Veränderungen.

Am 15. Juli 2021 hat ein von den Wetterdiensten vorhergesagter Starkregen in Europa 220 Menschen das Leben gekostet. Er verursachte enorm viel Leid, Chaos und riesige Schäden. Die in einer Nacht entstandenen Schäden in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sind höher als etwa der Jahreshaushalt des Landes Rheinland-Pfalz oder doppelt so hoch wie die Kosten des gesamten Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr.

Was müssen wir tun, um Wiederholungen zu vermeiden? Bei meinen „Hochwasserberichten“ für Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern habe ich – neben diversen Fachfragen – in unterschiedlicher Ausprägung vier „weiche“ Problemfelder identifiziert, die uns selbst betreffen. Hier meine Gedanken dazu.

Problem 1: „Erkenntnis-Ignoranz“

Es fällt uns schwer, über Fehler offen zu reden. Dies liegt sowohl an der in Deutschland schwach ausgeprägten „Fehlerkultur“ als auch an der „Angst vor dem Staatsanwalt“. Dies führt dazu, dass gleiche Fehler immer wieder gemacht werden. Ein Beispiel sind spontan helfende Menschen. Zum Glück ist die spontane Hilfsbereitschaft sowohl in der Nachbarschaft als auch bundesweit groß. Ungebundene Helferinnen und Helfer strömen ins Katastrophengebiet und wollen „einfach nur helfen“. Doch wie werden sie sinnvoll eingesetzt? Wer erteilt Aufträge? Wer versorgt sie mit „Kost und Logistik“? Hierfür gibt es Konzepte, u.a. als Ergebnis der Sicherheitsforschung,

die bisher nicht in die Praxis umgesetzt wurden. Jede Kommune und jede Organisation muss dieses Thema kennen, planen und üben (!).

Die Krisenkommunikation ist schwierig und versagt regelmäßig. Sie muss trainiert werden. Hierzu gibt es anerkannte Schulungen, auch von hierauf spezialisierten privaten Einrichtungen. Eklatante Fehler werden schon bei der Auswahl des Ortes für eine Pressekonferenz gemacht: Bilder prägen sich stärker ein als die Worte.

Eine wichtige Voraussetzung für fachliche Kommunikation in der Krise sind einheitliche Begriffe und anschauliche Angaben. So werden bei Starkregen die Angaben „Millimeter Niederschlag“, „Liter pro Quadratmeter“, die Pegelstände in „Zentimeter Anstieg pro Stunde“ sowie fließende Gewässer in „Meter pro Sekunde Fließgeschwindigkeit“ oder in „Kubikmeter pro Sekunde“ verwendet. Das verwirrt auch die Fachwelt. Und für die Allgemeinheit müssen diese verwirrenden Werte übersetzt, durch Vergleiche anschaulich erklärt und mit konkreten Empfehlungen versehen werden.

Einschlägige Erfahrungen und Berichte aus dem Ausland werden in Deutschland zu wenig beachtet. Hierzu gehören auch Konzepte, die Fachleute aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erarbeitet haben. Ein Beispiel ist „Tackling consequences of extreme Rainfalls and Flash Floods (TaFF)“ – also „Bewältigung der Folgen von Starkregen und Springfluten“. Es ist ein Handbuch mit 54 Seiten Umfang und Ausbildungsunterlagen mit mehreren Hundert Folien – abgefasst in Englisch.

Die vom Unwetter im Juli 2022 betroffenen Flächen entsprechen gut 2% der Fläche Deutschlands, auf ihr lebt knapp 3% der deutschen Bevölkerung. Aber wie hätte unser Hilfeleistungssystem funktioniert, wenn etwa 10% betroffen wären? Wie resilient wären der Staat, die Wirtschaft und die Bevölkerung?

In Deutschland gibt es bei den einschlägigen Organisationen nahezu zwei Millionen organisierte Menschen. Hinzu kommen bei Katastrophen Tausende von ungebundenen Spontanhelferinnen und -helfern, für die es bislang kaum konkrete Einsatzplanungen gibt. Diese beachtliche Zahl lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass wir keine Hilfe aus dem (europäischen Ausland) je nötig hätten. Der Einsatz der Hilfe aus dem Ausland muss vorbereitet sein („Incoming Assistance“), sonst wird er ein Debakel. Die Abläufe müssen geplant, gelehrt und geübt werden. Internationale Vollübungen wurden in Deutschland noch nie durchgeführt...

Die Unterbringung und Verpflegung von organisierten Hilfskräften und Spontanhelferinnen und -helfern ist stets eine Herausforderung. Leider waren die Erkenntnisse über gut organisierte Bereitstellungsräume aus der Vorbereitung zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Vergessenheit geraten. Auch das Konzept des THW zum Bereitstellungsraum für 500 Einsatzkräfte wurde nicht umgesetzt, stattdessen entstand ein chaotischer

Wartebereich mit 5.000 Einsatzkräften. Dass man bei Verlegungen von Einsatzeinheiten zuerst ein Erkundungsteam und Logistiker in Marsch setzt, müssten inzwischen alle Einsatzstäbe beherrzigen.

Problem 2: „Hochwasser-Demenz“

Als sogenannte Hochwasserdemenz bezeichne ich den Umstand, dass nach einem halben Jahr die Hälfte vergessen ist, nach einem Jahr nahezu alles. Das gilt erst recht für die Bereitschaft für Veränderungen, wie z.B. Anpassungen von Bebauungsplänen oder der Rückbau von versiegelten Flächen oder Veränderungen in der Land- und Forstwirtschaft.

An der Ahr gab es in den Jahren 1601, 1804 und 1910 nach Unwettern gewaltige Sommerhochwasser, bei denen zahlreiche Gebäude und fast alle Brücken zerstört wurden. Nach der schweren Überflutung von 1910 wurden umfassende Schutzmaßnahmen, wie Hochwasser-Rückhaltebecken, geplant. Sie wurden jedoch nie realisiert – stattdessen wurde 1920 in 40 km Entfernung mit diesen Haushaltsmitteln von der Ahr der Nürburgring gebaut.

Der Klimawandel wird dazu beitragen, dass solche oder noch größere Schadenslagen in kürzeren Abständen auftreten. Dies erfordert erheblichen Handlungsbedarf bei den Kommunen und den Kreisen, bei der Ausstattung und der Ausbildung des Katastrophenschutzes, bei der Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Wirtschaft, insbesondere der kritischen Infrastruktur. Wichtige Akteure sind auch die Forstwirtschaft, die Landwirtschaft (Weinbau!) sowie die Wasserwirtschaft.

Die Auswirkungen derartiger Katastrophen auf die Psyche der betroffenen Bevölkerung und der Einsatzkräfte sind prinzipiell bekannt. Wir müssen dieses Thema präventiv, offensiv und konsequent angehen. Es dürfen deswegen keine Suizide passieren.

Problem 3: „Verantwortungsdiffusion“

Die sogenannte Verantwortungsdiffusion entsteht bei unklaren Zuständigkeiten, bei unvollständigen Planungen und bei veralteten oder widersprüchlichen Regelungen. Viele Prozesse in der Verwaltung und in der Wirtschaft sind deutlich zu kleinteilig organisiert. Es mangelt an horizontaler, gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit.

Die diversen Kompetenzen der Länder müssen dringend Ressort übergreifend gebündelt werden. Hierfür müsste jedes Land ein „**Landesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenvorsorge**“ aufstellen: sie bündeln Aufgaben der Planung, der Schulungen und der Aufstellung des Bevölkerungsschutzes in den Kreisen, Kommunen, Betrieben. Das

Management bei besonderen Schadenslagen von Katastrophen soll grundsätzlich bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegen, die dies auch im Alltag tun. Diese Landesämter würden auch unmittelbar mit ihrem Pendant auf Bundesebene, dem „**Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)**“ samt dem neu geschaffenen „**Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB)**“ kommunizieren.

Die Beteiligung der haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigten, die Mitbestimmung der Bevölkerung und die Mitzeichnungsverfahren der Verwaltungen sind wichtige Elemente unserer Demokratie, dürfen jedoch nicht zur Lähmung des Fortschrittes führen. Die meisten Entscheidungen verursachen „Verlierer“ und „Gewinner“. Ein Beispiel ist die Ausweisung einer Fläche nicht mehr als Bau-Erwartungsgebiet sondern als Hochwasser-Überflutungsbereich. Es muss geklärt werden, welchen Ausgleich eine Kommune erhält, wenn sie auf die Erweiterung der Gewerbegebiete verzichtet. Auch müssen Anreize geschaffen werden, um versiegelte Flächen wieder zu entsiegeln. Die pure Proklamation von Klimazielen reicht nicht aus.

Die fachliche oder die politische Gesamtverantwortung kann nur derjenige übernehmen, der reale Chancen hat, präventiv und reaktiv steuern zu können. Hierzu gehört auch die Finanzierung.

Problem 4: „Konzertierte Unfairness“

Unmittelbar nach dem Hochwasser kam es zu einer medialen „Schieflage“, in der das angebliche Versagen eines Landrates oder des gesamten Katastrophenschutzes öffentlich angeprangert wurden. Es muss zukünftig gelingen, dies zu erkennen und dem entgegenzusteuern.

Es gab organisierte Gruppen, die mit Fahrzeugen von Dorf zu Dorf fuhren, um Geldspenden und Fehlinformationen zu verbreiten. Hierzu gehörte der Aufruf, ein Dorf sofort zu verlassen, weil der oberhalbliegende Staudamm in Kürze brechen würde – die geplanten Plünderungen konnten von der Polizei vereitelt werden.

Einerseits wurde öffentlich das unzureichende Warnsystem beklagt, andererseits haben viele Menschen die erfolgten Warnungen durch die Feuerwehr ignoriert. Ohne vorherige Aufklärung keine sinnvolle Warnung!

Offensichtlich dauerte es vielen Betroffenen viel zu lange, bis sie Hilfe bekamen. Ein Problem ist die überzogene Erwartungshaltung vieler Mitmenschen, wie „der Staat“ helfen müsse, denn „man zahle ja schließlich genug Steuern“. Um dem entgegenzuwirken, müsste jede Kommune in allen Ortsteilen sogenannte „Kat-Leuchttürme“ vorbereiten. Ein gutes Beispiel ist der Berliner Bezirk Lichtenberg.

Resümee

Um das Ausmaß derartiger Schäden zu reduzieren, müssen wir besser und vernetzter planen. Dies betrifft auch die Durchhaltefähigkeit bei Einsätzen, die ein großes Gebiet betreffen und über mehrere Wochen und Monate dauern. Dies kann nur in enger Verzahnung zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Bevölkerung und der Politik gelingen.

Der Starkregen im Juli 2021 wurde mehrfach als eine dramatische Folge des Klimawandels beklagt, obwohl es Ereignisse wie das Tiefdruckgebiet „Bernd“ in jedem Jahrhundert gab.

Die Eigenbetroffenheit wird mit ihren nachvollziehbaren Auswirkungen immer wieder unterschätzt. So gab es im Landkreis Ahrweiler wohl kaum jemanden, der nicht mittelbar oder unmittelbar vom Chaos betroffen war. Wie kann unter solchen Umständen eine Freiwillige Feuerwehr oder eine Stadtverwaltung „funktionieren“?

Unwetter passieren überall. Extreme Unwetterschäden können in sämtlichen Mittel- oder Hochgebirgslagen sowie in den Küstenregionen in ähnlichem oder stärkerem Ausmaß auftreten. Aussagen, dass „so etwas“ nicht für möglich zu halten war, entbehren jeder Grundlage.

Viele Vorträge als THW-Präsident habe ich mit folgendem Tipp beendet:
„Sei vorbereitet – es kommt schlimmer als Du denkst!“